

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Krankenz- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal Mk 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband Mk 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die druckgespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Gegen den Lebensmittelwucher!

Zimmer schwerer lastet die allgemeine Teuerung auf den ärmeren Volkskreisen. Die Preise für Fleisch sind unter rücksichtsloser Ausnutzung der durch die Schweine- und Schlachtviehknappheit geschaffenen Konjunktur um fast 100 pZt. gesteigert worden und steigen weiter. Weite Kreise besonders unserer schwer arbeitenden Bevölkerung wurden dadurch vom Genuß dieses so wichtigen Nahrungsmittels fast völlig ausgeschlossen. Auch alle andern Lebensmittel, besonders die als noch fortgesetzt im Preise. Auf dem Kartoffelmarkt macht sich wieder der unerhörteste Wucher geltend. Die zwecks Preisniedrigen Preisen in den Besitz der Händler. Diese halten nun erneut ihre Vorräte zurück und geben sie nur zu Preisen ab, die die Einkaufspreise um 200 bis 300 pZt. übersteigen. Nunmehr ist noch bekanntgeworden, daß der Bundesrat die Höchstpreise für Getreide, die schon 30 bis 40 pZt. höher als im Frieden sind, erhöhen will. Also auch das Brot, dieses allerwichtigste Nahrungsmittel, soll dem Volke noch mehr verteuert werden. Das muß in den weitesten Volkskreisen Entrüstung hervorrufen. Namens des werktätigen Volkes, dem der Krieg ohnehin schon große Opfer auferlegt, protestieren wir gegen jede Erhöhung von Höchstpreisen. Wir fordern vielmehr eine durchgreifende Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt und einen wirksamen Schutz des Volkes gegen den Lebensmittelwucher. Wir fordern, daß ohne Rücksicht auf die Profitsinteressen der Produzenten und Händler mäßige Höchstpreise für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß die ausreichende Ernährung des Volkes gesichert und jede Verreichung auf Kosten der Volksernährung ausgeschlossen wird. Durch Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das Zurückhalten von Vorräten zum Zwecke der Preissteigerung verhindert werden. Die Parteigenossen im Lande fordern wir auf, dem Lebensmittelwucher mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken. Vor allem müssen die Arbeitervertreter in den Landtagen und Gemeinden ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen.

Berlin, 16. Juli 1915.

Der Parteivorstand. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Arbeitsnachweis.

II.

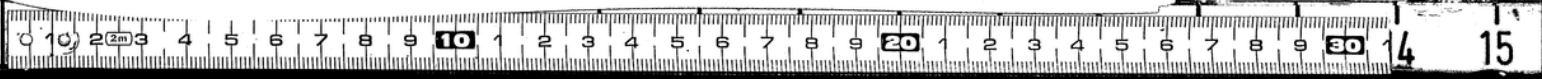
Unsern ersten Artikel schlossen wir mit dem Hinweis auf die jetzige Stellungnahme der organisierten Arbeiterschaft zum Problem des Arbeitsnachweises. Durch die seit dem letzten Gewerkschaftskongress eingetretenen Ereignisse ist nun die Regelung dieser Frage nach dringender geworden, als je vorher schon war. Warum ist man überhaupt zur Einrichtung von Arbeitsnachweisstellen gekommen? Weil, von volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, durch das tagelange Vermittlungsbedürfnis einzelner Arbeiter nach Arbeitsgelegenheit insgesamt ungeheurer viel Zeit, Kraft und Geld verschwendet wird. Die Verschwendung von Zeit kommt für den Unternehmer dann nicht in Betracht, wenn ein Überangebot von Arbeitskräften vorhanden ist, unter denen er wählen kann. Er darf sogar hoffen, vorübergehende Zeiten zu seinen Gunsten auszunutzen, indem er sich entweder die kräftigsten Arbeiter ansucht oder infolge der Konkurrenz der Arbeiter die Löhne drückt. In den meisten Fällen geschieht dort, wo keine Tarifverträge bestehen, beides. Den Schaden hat also die Arbeiterschaft. Daß Kraft verschwendet wird, weiß jeder Arbeiter, der schon gezwungen war, tagelang von Bau zu Bau, von Werkstelle zu Werkstelle zu pilgern, um Arbeit zu finden. Er weiß, daß er des Abendes müde, aber ohne zu arbeiten, ohne daß er nun auch irgendwie das frohe Bewußtsein hätte, eine der Menschheit nützliche Tätigkeit verrichtet zu haben. Und daß an derartigen Tagen der Arbeitsjunge mehr Geld ausgegeben wird, solange noch einige Wochen vorhanden sind, als an Tagen der Arbeit, können die meisten Arbeiter bezeugen. In den Zeiten guten Geschäftsganges können aber andererseits die Unternehmer durch einen gut organisierten Arbeitsnachweis riesige Summen ersparen, die sie sonst für Anzeigen in den Zeitungen, private Arbeitsvermittler usw. ausgeben müßten. Neben dieser rein volkswirtschaftlichen Seite der Angelegenheit kommt jedoch auch die moralische Seite in Betracht. Es ist für die Arbeiter ein niederdrückendes Gefühl, in laueren Zeiten von einer Arbeitsstelle zur andern zu lauern und

ihre Kraft anbieten zu müssen. Nicht so sehr das Anbieten an sich; aber viele Arbeiter, Aufseher und Unternehmern lassen in solchen Zeiten die ganze Niedrigkeit ihres Charakters erkennen, indem sie sich nicht damit begnügen, die Anfrage rein gefälliglich mit „ja“ oder „nein“ zu erledigen. Dem anfragenden Arbeiter wird manchmal verächtlicher behandelt als ein Bettler, man läßt ihn dreier, viermal wiederkommen, bis er zuletzt beschämt fortbleibt. Arbeiter, die so behandelt wurden, rächen sich dann bei guter Konjunktur auf allerlei Art. Die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung wäre also für Unternehmer und Arbeiter ein Gewinn.

In dem männermordenden Kriege verlieren nun die meisten europäischen Staaten eine erhebliche Anzahl ihrer Arbeiter. Eine weit größere Zahl der jetzigen Krieger werden durch Verwundung oder Verstümmelung als Arbeiter minderwertig; sie werden vielfach ihren früheren Beruf aufgeben müssen. Wie kann für diese aussehenden Produktivkräfte Ersatz geschaffen werden? Es ist vergeblich, zu prophezeien, wie gleich nach Beendigung des Krieges die Geschäftslage sein wird. Wir dürfen aber nicht nur mit einiger Sicherheit erwarten, daß der Krieg für uns günstig endigt, sondern auch, daß in nicht sehr langer Zeit nach dem Friedensschluss für das Baugewerbe flotten Geschäftsgang herrschen wird. Sollen dann wieder die, die uns jetzt als feindliche Soldaten bekämpfen, in Deutschland als Lohnbrüder willkommen sein und gefälligst und gepflegt werden? Wir möchten aus psychologischen Gründen davon abraten. Aber selbst, wenn ein Teil der deutschen Unternehmern schon ausgenutzt sein sollte, ihre derzeitigen Feinde um des lieben Profits willen wieder an ihren Häfen zu drücken, werden die ausländischen Staaten diese Leute nicht notwendig selbst gebrauchen? Werden die betroffenen Regierung nicht alles tun, um ihre Arbeitskräfte in eigenen Lande zu behalten? Es ist sehr wahrscheinlich, daß es so sein wird. Deutschland würde also gezwungen sein, anderswo Ersatz zu suchen. Dieser Ersatz kann nur gefunden werden in einer stärkeren Verbundung der motorischen und in einer rationaleren Verbundung der menschlichen Arbeitskraft. Der Mangel an Arbeitern wird zweifellos dahin führen,

daß die Maschine manches wird verrichten müssen, was bisher Menschenhände ausführten. Aber dies allein wird nicht genügen. Das deutsche Volk wird nicht mehr ruhig mit ansehen dürfen, daß zum Beispiel eine kleine Gruppe von herrschsüchtigen Menschen arbeitswillige Männer für viele Wochen, Monate oder sogar dauernd von ihrem Beruf ausschließt, nur weil diese Arbeiter Mut genug hatten, Rechte auszuüben, die ihnen gesetzlich gewährleistet waren. Die Kampfarbeitsnachweise müssen aufhören; denn ihre einzige Bedeutung liegt in ihrer ersten Silbe.

Bei der großen Zerspitterung, die heute auf dem Gebiete der Arbeitsnachweisstellen besteht, dürfte es schwer, wenn nicht unmöglich sein, alle Anforderungen in einem paritätischen Arbeitsnachweisgesetz zu erfüllen. Am meisten gegen die gesetzliche Regelung kräuben sich die Unternehmer namentlich jener Berufe, die gut funktionierende Maßregelungsbüros haben. Sie wollen ihre Macht ausüben. Die Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen, freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, kirchlich-Demokratische Gewerksvereine und polnische Berufsvereinigungen, bemühten sich nun durch ihre Vertreter, die Sache in Fluß zu bringen. Am 10. Februar fand in Berlin eine Konferenz statt, auf der Vertreter der Regierung, der Städte, des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, mehrerer sozialpolitischer Blätter und die Vertreter der oben genannten Gewerkschaftsrichtungen anwesend waren. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt referierte. Nach einer längeren Ansprache wurde eine Kommission bestimmt, die bestimmte Vorschläge für die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises ausarbeiten sollte. Diese Kommission hatte am 3. März eine Besprechung mit dem Reichskanzler, der zwar keine bestimmte Erklärung für die Reichsregierung abgeben konnte, wohl aber persönlich von der großen Bedeutung der Frage überzeugt ist. Am gleichen Tage reichten die Vertreter der Arbeiter eine Petition an den Bundesrat und an den Reichstag ein, in der diese Körperschaften ersucht wurden, die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung zu beschließen. Der Petition waren „Vorschläge für die gesetzliche Regelung beigegeben.



bei der Darlehnsschuld 495 Millionen Mark mobil gemacht worden, gegenüber den Gesamtsummen von 100 Millionen geringen Betrag. Von neuem wird dadurch bewiesen, daß die Finanzierung der deutschen Wirtschaft sich in den besten Verhältnissen befindet; die entgegengekehrten Behauptungen der ausländischen Presse, die verbreitet wurden, um den Einbruch der hervorragenden finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands abzuwürgen, gehören in das Gebiet der Fabel. Auch die Gründungstätigkeit in Deutschland hat während des Krieges keineswegs abgenommen; sie ist zwar stark zurückgegangen, doch hat das in neuen Gesellschaften angelegte Kapital nach einer Zusammenfassung der Finanzlage im März 1915 noch immer 93,8 Millionen Mark betragen gegen 297,7 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1914. Davon entfielen 25,9 Millionen Mark gegen 21,7 Millionen Mark im Vorjahre auf neue Aktiengesellschaften und 67,4 Millionen Mark auf neue Gesellschaften m. b. H. Die meisten der neu gegründeten Aktiengesellschaften sind wohl Gründungen, die diesen Zwecken des Krieges dienen; dabei ist an die Kriegswirtschaftlichen Organisationen — Kriegsgeldes-, Kriegsdienstleistungen-, Kriegswirtschafts- u. a. m. — zu erinnern. Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. haben zusammen für Kapital um 11,1 Millionen Mark erhoben gegen 15,3 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1914. Berücksichtigt man diesen Anteil an der Gründungstätigkeit hat die Automobilindustrie, deren Ausdehnung durch den Krieg wiederum gefördert worden ist. Dieser wurde in den Vorjahren von der geradezu himmlischen Entwicklung der deutschen Automobilindustrie die Gefahr eines Rückganges gefürchtet, indessen zeigte sich selbst bei Eintritt einer Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage im Gegenteil noch eine Erweiterung der Automobilproduktion durch. Derartige haben sich die inneren Verhältnisse dieses Industriezweiges nicht zuletzt dadurch, daß die Produktion von Luxuswagen im Verhältnis zur Gesamtproduktion mehr und mehr in den Vordergrund trat und dafür die Herstellung von Lastwagen und anderen gewerblichen Wagen an Bedeutung gewann. Das gab der Automobilindustrie ein erhöhtes Maß geschäftlicher Gesundheit und schloß sie fester gegen Konjunkturschwankungen. Durch den Krieg wurde nun ein Zustand der Hochkonjunktur für die Automobilproduktion hervorgerufen, von der die beteiligten Interessenten, deren Interessen vorliegen, reichlichen Nutzen ziehen. Neuerdings gegen Unternehmungen zur Produktion von Automobilen über, die früher ganz andere getarnte Produktionszweige betreiben; sie suchen so Erfolg für Industrie, deren Abnahmestärke stark zurückgegangen ist; teils wird auch in Rechnung gezogen, daß nach dem Wette die Automobilindustrie dies den besten der verarbeiteten Leistungen Aussicht auf eine reichliche Beschäftigung haben dürfte.

Mit der kürzlich erwähnten Förderung einer Härten Finanzierung der Wirtschaftlichen spricht gegenwärtig nach der Meinung, daß die durch Kriegsmassnahmen eingetretene Produktionsmangel der Wirtschaft in der nächsten die Rentabilität von vielen der in Betracht kommenden Unternehmungen beeinträchtigt. So ist zum 1. März 1915 ab der Erzeugung der Wertpapiere durch erheblich vermindert worden, daß nur 60 pSt. des durchschnittlich zur Verwertung verwendeten Wertes der Arbeit werden darf. Eine erhebliche Minderer der letzten zur Vorbereitung verwendeten Geräte sollte so für die Vorkonjunktur und für die Verwendung als Justiermittel festgemacht werden. Selbstverständlich entsteht durch die Produktionsminderungen ein Ausfall von Wertpapiere, während der Wert sich noch durch die Verwertung der Produktionsmittel sowie durch andere Einbußen, Nichteingang von Aufträgen und Ähnlichem haben zahlreiche Unternehmungen einen tüchtigen Ausgleich durch Preis-erhöhungen schaffen können; manche Branchen, besonders die Textilindustrie, zeigen beträchtlichen Nutzen aus dem Vorhandensein großer Bestände. Von Neuem zeigen sich wieder ferner besteht, daß die Maßnahme des Ausbaus bezogen, dessen Verarbeitung keine Verschwendung unterlag und so ihre Produktionsquote zu erhöhen in der Lage waren.

Julius Katsch.

Die Organisierung des Konsums und die Volkswirtschaft.

Der Verfassende des Diktatorischer Verfassungskonferenzen für Konsuminteressen, Dr. Georg Kolthoff, hielt jüngst einen Vortrag über das Thema, das wir in der Heftigkeit dieses Artikels andeuten. Er sagte dabei:

„In dem Maße, in dem die Feinde den Kampf auf das Wirtschaftliche verlegt haben, sind die Feinde jedes Staatsbürgers geworden. Neben die allgemeine Wehrmacht ist die allgemeine Wirtschaftskraft getreten. Alle unermesslichen Erfindungen der Lebensführung nehmen Tausendfachen Familien gen und willig in den Kampf. Aber wie trauen wir uns dagegen, daß der Krieg für gewisse Kreise ein gewinnreiches Geschäft werde. Wir schauen vor dem Gedanken, daß Bürger unserer Vaterlandskommune über den Krieg quillieren; daß sie ihm eine recht lange Dauer wünschen, weil ihr Weizen im Lager der Heimat blüht. Der Wunsch, den Krieg als Grundbedingung für persönlichen Gewinn auszunutzen, ist allgemein verbreitet. Da ist kein Unterschied zwischen Landwirt, Industrieller, Handwerker und Handel, zwischen groß und klein, zwischen Stadt und Land. Wer etwas zu verkaufen hat, der nimmt die höchsten Preise, die er bekommen kann; auch gleich, ob das deutsche Meer oder das rote Meer oder der weissen Meer der Preise „hohen“ kann, der hält seine Vorteile nicht, gibt auf Regierungsmitteln falsche Zusätze, tut alles, was er kann, um die Wäskung zu beschleunigen und dadurch seinen Gewinn zu erhöhen. Er wird also in diesen Zeiten des Weltkampfes auf das höchste gespannt, nur die Wirtschaftsmoral ist tief gesunken. Der Arbeiter ist allgemeine Verheerung geworden. Er wird auch als solche von Wehden anerkannt. Keine Handelskammer, keine Handwerkerkammer, keine Landwirtschaft-

kammer, kein Fachverband hat sich noch gegen die Ausnutzung der Kriegsmoral zur Bereicherung gewandt. Die Verwaltungen befinden sich in der bestmöglichen Ausnutzung des mit Beschäftigten, mit Beschäftigten, mit Arbeitern und Gerichten angewandt werden. Wer es scheint, als wäre der § 288 des Reichsstrafgesetzbuches gegen Weizen und der § 302a gegen Getreide- und gewohnheitsmäßigen Weizen völlig außer Kraft gesetzt.

Ein derartiger Widerspruch der Wirtschaftsmoral gegen die übliche Volkswirtschaft erklärt sich nur als Folge einer die moderne Wirtschaftsweise ist technisch ein ungeheurer Fortschritt, aber sie hat das Wirtschaftswesen auf den Kopf gestellt. Der Mensch ist nicht mehr Zweck der Wirtschaft, sondern nur noch ein Mittel zu einem höheren Zweck: Dem Geldverdiensten. Einst war das Gewerbe eine Art von öffentlichem Amte, heute ist das einzige Ziel

Am 24. Juli ist der 29. Beitragsbeitrag in diesem Jahre fällig.
Arbeitslose Mitglieder, die vom Beitrage befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden.

des Gewerbes, ebenso des Handels, der Landwirtschaft der Profis. Ob die auf den Markt gebrachten Waren und Güter von Menschen getragen werden, und von was für Menschen, ist dem Produzenten völlig gleichgültig, er will nur verdienen. Käufer werden nicht mehr gebaut, damit Menschen wohnen können, sondern damit Grundstücke rentabel verwertet werden. Leider ist die staatliche Wirtschaftspolitik mit auf den Irrweg gelaufen. Sie geht nicht von der Frage aus: Hier sind fast 70 Millionen Staatsangehörige, die sich nähren, heiden, wohnen, etwas lernen müssen; was kann geschehen, um ihnen die Nahrung, die Kleidung, die Wohnung usw. so reichlich und gut wie möglich zur Verfügung zu stellen? Sondern sie fragt umgekehrt: Zum Beispiel, hier sind einige Millionen Menschen in der Landwirtschaft tätig. Was kann geschehen, um diese Tätigkeitsgewinnlichkeit zu machen, um die Rentabilität von Getreidebau und Viehzucht zu heben? Oder gar: Hier sind einige hundert Millionen im Aufstiegsbau angelegt; was muß geschehen, um diesem Kapital eine angemessene Verzinsung zu sichern? Injere Politik geht aus von der Produktion statt vom Konsum. Im Interesse der Produktion und ihres Gewinnes beschränkt, verteuert sie den Konsum bestimmter Verbrauchsgegenstände. Als ob der Mensch auf der Welt wäre, um durch die Veräußerung bestimmter private Kapitalien rentabel zu machen!

Unter diesen Umständen ist es fast selbstverständlich, daß auch im Krieg die staatliche Wirtschaftspolitik nicht von den Konsuminteressen, sondern von den Produzenten ausgeht. Die erste wirtschaftliche Maßnahme des Bundesrates war eine Konlimitierung des Zuckerfußes, damit der Zucker, das einzige Nahrungsmittel, das im Lebensnotwendigsten billiger wird, nicht durch Unterbindung des Absatzes abgesetzt blüht würde. Als Höchstpreise für Acker eingeführt wurden, da waren sie höher als die höchsten Marktpreise des letzten Jahres, obgleich die letzte Ernte gut ausgefallen und ohne erhebliche Verluste eingebracht worden war. Als die Getreidepreisegelegenheit ihre Höchstpreise herabsetzte, da wurde als selbstverständlich verstanden, daß die Höchstpreise erst folgen könnten, wenn die älteren und neueren Höchstpreise aufgehoben wären. Aber als die Getreidepreise für Getreide nachträglich um 10 bis 50 für die Tonne erhöht wurden, da hatte diese Maßnahme rückwirkende Kraft und die früheren Lieferanten bekamen den Aufschlag nachträglich gefahren. Bei Befreiung der Höchstpreise für Kartoffeln haben die preussischen Minister es ausdrücklich ausgesprochen, daß die Landwirte künftig dabei verdienen sollten. Und als die brodenbe Kartoffeln eine in der Aufschaltung von Schweinen fordernde, da wagen die Regierung alle großen Gemeinden, Bienenzweigen von Zwerchwaren aufzugeben, damit die Schweine nicht hoch im Preise fallen könnten.

Bei derartigen Aufschaltungen in Regierungskreisen ist es fast selbstverständlich, daß nur die Produzenten organisiert sind. Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel haben ihre amtlichen Kammern als Interessenvertretungen. Nur diese werden in der Regel als Gutachter herangezogen, ihrem Urteil legt die Regierung hohes Gewicht bei. Es ist aber ein Irrtum, daß die Produzenten nicht nur Sachverständige über die technische Seite ihrer Produktion sein, sondern auch über den Preis bestimmen sollen, den sie für die Produkte haben möchten. Hier muß ein Gegengewicht geschaffen werden in der Organisation der Konsuminteressen. Preise hat nicht nur während des Krieges, sondern für die Dauer eine hohe Aufgabe. Es darf nicht den Krieg genommen und hoch schließlich nicht über verloren gehen. Wir verstanden sie unsemern Mitmenschen Feinde, dem englischen Verstande einer Auswanderung Deutschlands. Die Abwertung der ausländischen Zahlung hat uns genötigt, über eine rationelle Einrichtung unserer Ernährung nachzudenken, und wie eine Erleichterung ist es über uns gekommen, daß die Nahrungsmittel in erster Linie des Konsums wegen da sind. Natürlich können nicht alle einzelnen Maßnahmen, die in der Notzeit getroffen sind, unverändert fortbestehen;

aber traurig wäre es, wenn sie beseitigt würden, ohne daß entsprechende Friedensmaßnahmen an ihre Stelle traten, wenn wir die große Lehre vergäßen, die Englands Barbaren uns eingehämmert hat.

Aus den Mitten dieses Weltkrieges muß die geistige Heberzeugung hervorgehen, daß der Mensch die Hauptsache im Staate und in aller Welt ist. Alle Wirtschaftspolitik muß vom Konsuminteressen ausgehen und fragen: Was kann geschehen, um die Millionen reich zu machen und reichlich mit allem zum Leben, zum Fortkommen, zum Kulturfreude dienlichen zu versehen? Die Konsuminteressen sind ganz allgemeine Interessen. Niemand hat sie nicht; denn Konsum ist jeder, und nur diejenigen haben Gegeninteressen, die zum Schaden ihrer Mitbürger werden möchten. Deswegen kann der Kriegsausgleich für Konsuminteressen alle anfänglichen und sozialistischen Wüter und Würgeknäuel zur Mitarbeit aufzufuchen. Die organisierte Kraft des Verbrauchers ist eine Macht, wenn sie sich nur benutzt betätigt. Sie kann die gegenwärtige verkehrte Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik zur Umkehr zwingen; kann verhindern, daß auf die schweren, operativen Kämpfe von 1914/15 wieder wie nach 1870/71 eine Zeit rückwärtslosterer Profitgier und überflüssigen Geschäftsveränderung folgt; sie kann die Grundlage einer sozialen Wirtschaftsauffassung legen, die sich auf dem Wege aufbaut, daß es für den Staat kein anderes, höheres Ziel geben kann, als recht viele gesunde, leistungsfähige, aber auch arbeitsfähige, glückliche Menschen zu seinen Bürgern zu zählen.

Diesen Worten Dr. Rothhofs können wir durchaus zustimmen, nur möchten wir hinzufügen, daß wir den „Irrweg der staatlichen Wirtschaftspolitik“ schon lange vor dem Kriege erkannt und diese Wirtschaftspolitik bekämpft haben; denn gerade sie mußte in England den Gedanken der Hungerung des deutschen Volkes aufkommen lassen.

Die Arbeitslosigkeit im Mai.

Von 875 Zweigvereinen beteiligten sich im Mai 802 an den Monatsberichten gegen 803 im April. Von den damit erstellten 108 450 Mitgliedern meldeten sich im Laufe des Monats 5113 = 4,7 pSt. arbeitslos; im April 10 344 = 9,2 pSt. von 112 827 Mitgliedern. Am letzten Werttage des Monats blieben 1897 Mitglieder = 1,7 pSt. arbeitslos gegen 2940 = 2,6 pSt. im April. Das Verhältnis der überhaupt gemeldeten Arbeitslosen war demnach fast um die Hälfte, das der am Monatschluß verbliebenen Arbeitslosen um etwa ein Drittel geringer als im Vormonat.

Nach der Größe der gemeldeten Arbeitslosigkeit nahm diesmal Elsaß-Lothringen die erste Stelle ein. Vom Hundert der erstellten Mitglieder meldeten sich dort 19,0 (im April 18,7) arbeitslos. Es folgte Schleswig-Holstein (Gamburg mit 9,6 (11,4) pSt. Beide Landesteile hatten auch in Gegensatz zum Reichsdurchschnitt und zu den anderen Landesteilen nur einen geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Weiter betrug die gemeldete Arbeitslosigkeit in Pommern 8,5 (9,2) pSt., in Bayern 7,8 (15,4) pSt., in Ostpreußen, Westpreußen, Posen 7,0 (17,8) pSt., in Schlesien 5,8 (14,4) pSt., im Königreich Sachsen 5,2 (11,4) pSt.; ferner unter dem Reichsdurchschnitt 4,7 (9,2) pSt.; in Württemberg, Baden 4,7 (9,2) pSt., in Mecklenburg 4,4 (14,8) pSt., in Hessen 3,6 (6,0) pSt., in der Rheinprovinz 2,8 (4,1) pSt., in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen 1,0 (1,4) pSt., in Brandenburg 2,0 (5,6) pSt., in Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt 2,0 (3,8) pSt., in Westfalen 1,3 (2,7) pSt. Die höchste Abnahme hatte Pommern, hier ging die gemeldete Arbeitslosigkeit um 14,1 pSt. gegenüber dem Vormonat zurück.

Am Monatschluß blieben von den erstellten Mitgliedern arbeitslos: in Elsaß-Lothringen 6,7 (9,7) pSt., in Bayern 3,9 (5,4) pSt., in Schleswig-Holstein, Pommern 3,6 (3,7) pSt., in Pommern 2,4 (5,5) pSt., in Schlesien 2,0 (3,7) pSt., im Königreich Sachsen 1,8 (2,8) pSt.; dann unter dem Reichsdurchschnitt 1,7 (2,6) pSt.; in Ostpreußen, Westpreußen, Posen 1,5 (5,1) pSt., in Mecklenburg 1,4 (5,5) pSt., in Hessen 1,4 (1,7) pSt., in Württemberg, Baden 1,3 (2,5) pSt., in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen 1,0 (1,4) pSt., in der Rheinprovinz 1,0 (1,1) pSt., in Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt 0,8 (1,0) pSt., in Westfalen 0,6 (0,4) pSt., in Brandenburg 0,5 (1,5) pSt. Westfalen verzeichnete somit eine geringe Zunahme der am Monatschluß verbliebenen Arbeitslosigkeit. In den anderen Landesteilen hat sich zum Teil recht kräftig abgenommen. Verhältnismäßig hoch blieb sie immer noch in Elsaß-Lothringen. Berlin hatte unter 6844 Mitgliedern in der letzten Woche des Monats 298 = 3,5 pSt. Arbeitslose gegenüber 286 = 3,9 pSt. von der gleichen Mitgliederzahl im April. Berlin in den Reichsdurchschnitt der am Monatschluß verbliebenen Arbeitslosigkeit eingerechnet, stellt sich dieser auf 1,9 pSt., also um 0,2 pSt. höher.

Auf die 5113 gemeldeten Arbeitslosen entfielen 58 482 Arbeitslosentage, auf ein arbeitsloses Mitglied durchschnittlich 11,4 Tage gegen 11,9 Tage im April. Die den Einzelnen treffende durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist also etwas gestiegen. In Bayern trafen auf einen Arbeitslosen durchschnittlich 15,8, in Schleswig-Holstein, Gamburg 8,9 Arbeitslosentage. In den übrigen Landesteilen nähert sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit dem Reichsdurchschnitt. Bemerkenswert ist, daß sie nur in Ostpreußen, Westpreußen, Posen, in der Rheinprovinz, in Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen abgenommen hat, während sich in allen anderen Landesteilen eine Zunahme der den Einzelnen durchschnittlich treffenden Arbeitslosentage ergab. Von den 5113 gemeldeten Arbeitslosen fielen im Berichtsmonat 1971 = 38,6 pSt. bis zu 6 Tagen,



Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Mai 1915.

Table with 15 columns: Landesteile, Anzahl der Beschäftigten, Mitglieder am Schluß des Monats (Mann, Weib, etc.), and Arbeitslose (Mann, Weib, etc.). Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Posen, etc.

Table with 15 columns: Landesteile, Arbeit erledigt, um letzten Bericht des Monats waren, Arbeitslos im laufenden Monat waren, etc. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Posen, etc.

1299 = 24,2 pZt. bis zu 12 Tagen, 702 = 13,7 pZt. bis zu 18 Tagen und 1201 = 23,5 pZt. bis zu 24 Tagen. Bei 2569 Arbeitslosen = 50,2 pZt. hatte die Arbeitslosigkeit schon vor dem 1. Mai begonnen.

teiligten 3478 = 5,1 (10,5) Arbeitslose, die Arbeiter unter 427 Beteiligten 21 = 4,9 (4,5) Arbeitslose, die Hilfsarbeiter unter 81 395 Beteiligten 1186 = 3,6 (6,3) Arbeitslose, die Betonarbeiter unter 1526 Beteiligten 39 = 2,6 (4,0) Arbeitslose, die Erdbauer unter 3503 Beteiligten 62 = 1,8 (2,6) Arbeitslose.

In den berichtenden Zweigvereinen waren am Berichtsstichtage arbeitslos:

Table with 10 columns: Bezirk, Mann, Weib, etc. Lists various districts like 1. Königsberg, 2. Bromberg, etc.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Die Statistik ist aus 20 Bezirken eingegangen. Der Bezirk Leipzig hat diesmal nicht berichtet. Von 704 Zweigvereinen, die in den berichtenden Bezirken vorhanden sind, haben 768 ihre Angaben gemacht.

Table with 4 columns: Monat, Mitglieder, Arbeitslos waren, Arbeitslosentfanden. Rows for 1914 and 1915.

Table with 4 columns: Monat, Mitglieder, Arbeitslos waren, Arbeitslosentfanden. Rows for 1914 and 1915.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Mai des vorigen Jahres nicht nur an sich kleiner, der geringeren Mitgliederzahl entsprechend, sie blieb, was die Zahl der Arbeitslosen anbelangt, auch verhältnismäßig dahinter zurück.

Table with 4 columns: Bezirk, Anzahl der Zweigvereine, davon haben berichtet, In den berichtenden Zweigvereinen, etc. Lists districts like 1. Königsberg, 2. Bromberg, etc.

Arbeitsmarkt.

In München sind die Arbeiter der Stadtfirma Höfner & Schürer gesperrt. Die Kollegen werden darum von der Arbeitskammer bei der Firma gewarnt.

Eine „genehmigte“ Versammlung.

Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in der Nummer 26 des „Grundstein“ über die „Genehmigung“ einer Versammlung durch die Polizeiverwaltung des Amtes Hemmer. Unter der Art der Genehmigung beim Regierungspräsidenten in Arnberg, der die Bewerbe dem Landrat des Landkreises Jherlosch zur Entscheidung übergab.

